

DIE WELTWOCHEN

Von der Wiege bis zur Bahre

Die Energiestrategie 2050 stärkt die Rolle des Staats. Das liegt im Trend: Die Schweiz verabschiedet sich schleichend vom liberalen Erfolgsmodell.

Von Philipp Gut und Alex Reichmuth

Doris Leuthard, «Sonnenkönigin» (*Blick*), setzt sich ein politisches Denkmal mit Langzeitfolgen. Das Ja zur Energiestrategie 2050 ist auch ein Ja zu einer Art 33-Jahres-Plan und bringt eine ganze Reihe von Staatsinterventionen. Der bedeutendste Eingriff ist sicher das Verbot, neue Atomkraftwerke zu bauen. Es betrifft diejenige Form der Stromproduktion, die heute mit über 35 Prozent Anteil die zweitwichtigste ist. Das Stromloch soll durch Alternativenergie (Wind, Sonne, Biomasse) verkleinert werden. Die Betreiber der Anlagen bekommen entsprechende Subventionen. Dafür aufkommen müssen die Stromkunden: Der Netzzuschlag steigt um über die Hälfte. Gleichzeitig soll Strom gespart werden. Der Bund erlässt Effizienzvorschriften für elektrische Geräte und Anlagen.

Neu ist, dass auch Grosskraftwerke Subventionen erhalten. Der Strommarkt ist vor allem wegen Staatseingriffen anderer Länder aus den Fugen geraten, namentlich wegen der milliardenschweren Förderung von Alternativenergie in Deutschland. Das Energiegesetz wartet zudem mit staatlichen Interventionen auf, um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Für das Gebäudesanierungsprogramm steht künftig 50 Prozent mehr Geld aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe bereit. Weiter muss der Treibstoffverbrauch von neuen Autos bis 2021 um über ein Viertel sinken.

Die Massnahmen im Energiegesetz reichen allerdings nicht ansatzweise, um die Sparziele des Bundes zu erreichen und die künftige Stromversorgung zu sichern. Dazu würde es massiv verteuertes Benzin, drastisch erhöhte Heizölabgaben und hohe Stromzuschläge brauchen. Jahrelang sprach man in Bern von «Lenkungsabgaben», um die Energiestrategie 2050 zu vollenden. Doch die Verantwortlichen wissen, dass sie mit solch einschneidenden Massnahmen beim Stimmvolk wohl wenig Chancen hätten. Ein einschlägiger Antrag ist bereits in der zuständigen Nationalratskommission gescheitert.

Bern regiert in alle Lebensbereiche hinein

Die Politiker setzen nun auf Begriffskosmetik. «Es braucht jetzt ein Strommarktdesign, um die Versorgungssicherheit zu garantieren», sagte Stefan Müller-Altermatt (CVP), Präsident der Energiekommission des Nationalrats, am Tag der Abstimmung. Auch Energieministerin Leuthard begann wie abgesprochen von einem «neuen Marktdesign» zu sprechen. Gemeint ist, dass den Energieversorgern vorgeschrieben wird, wie ihr Strommix zusammengesetzt sein soll, und sie speziell entschädigt werden, wenn sie bei knappem Angebot Strom liefern. Diese Massnahmen würden zwar die Kosten für Strombezügler und Steuerzahler ebenfalls

erhöhen. Im Gegensatz zu Stromzuschlägen und Lenkungsabgaben wären sie aber besser versteckt.

Die beschleunigte Verstaatlichung des Energiesektors ist bloss das jüngste Beispiel eines Megatrends: «General Dr. von Staat», wie ihn Thomas Mann ironisch nannte, weitet seinen Einfluss machtvoll aus – zuungunsten des Einzelnen und der privaten Unternehmen. Die liberale Ordnung – ein Schweizer Erfolgsmodell – bröckelt. Die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten droht sich aufzulösen, der Staat regiert in alle möglichen Lebensbereiche hinein.

So wuchs in den letzten Jahren die Beschäftigung praktisch nur noch im öffentlichen Sektor, nämlich in der Verwaltung sowie im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich. Die Zunahme der Staatsangestellten auf allen Stufen übertrifft bei weitem die Zunahme der Bevölkerung. Die Kosten für Sozialhilfe haben sich in zehn Jahren verdoppelt. Die Mehrwertsteuer wurde verschiedentlich für die AHV und die IV sowie für die Finanzierung von Eisenbahngrossprojekten angehoben.

Auch das Gesundheitswesen ist seit Einführung der obligatorischen Krankenversicherung einer rasanten Verstaatlichung ausgeliefert. Die Politik definiert den Leistungskatalog und bestimmt, welche Behandlungsmethoden wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind. Jüngstes Beispiel ist der Versuch, durch eine Neuordnung der Prämienregionen die Einnahmen des Systems zu erhöhen. Die Vermischung von Gesundheits- und Sozialpolitik lässt die Prämienbelastung ständig nach oben schnellen. Heute führt nicht mehr die Krankheit, sondern das Bezahlen der Prämien in eine soziale Notlage.

Auch das private Eigentum wird zugunsten des Staates eingeschränkt. Die Verwendung von Bargeld wird zunehmend restriktiv geregelt, das Bankkundengeheimnis wurde für Ausländer abgeschafft und steht auch im Inland auf der Kippe. Der automatische Informationsaustausch unter den Staaten beschädigt die finanzielle Privatsphäre. Unzählige internationale und nationale Regulierungen, speziell der staatlichen Finanzmarktaufsicht (Finma), erschweren dem Schweizer Finanzplatz das Leben und das Wirtschaften. Der Staat soll auch Rückgriff auf unsere Sparguthaben und Pensionskassengelder nehmen können.

In der Bildung reisst der Bund Aufgaben der Kantone an sich. Hinter dem harmlos klingenden Schlagwort der «Harmonisierung» verbergen sich oft knallharte Zentralisierungsabsichten. So droht Innenminister Alain Berset (SP) jenen Kantonen, die gemäss dem traditionellen Föderalismus in Bildungsfragen selbst entscheiden wollen, ob die Primarschüler zuerst Französisch oder Englisch lernen, mit dem Eingreifen der Zentralmacht. Kein Wunder, zeigen die Bildungsausgaben weiter nach oben, auch die Anbindung an milliardenteure EU-Bildungsprogramme fällt ins Gewicht mit viel Bürokratie und Leerlauf. Forscher klagen längst, sie könnten die komplizierten Bewerbungsformulare ohne professionelle Hilfe gar nicht mehr selbst ausfüllen.

Auch die Kosten der Aussenpolitik erklimmen Rekordhöhen, selbst kleinste Einsparungen am diplomatischen Netz oder an der ausufernden milliardenteuren Entwicklungshilfe hält Bundesrat Didier Burkhalter (FDP) für eine Zumutung. Ein Angestellter der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit kostet den Steuerzahler durchschnittlich 207 000 Franken. Zahlreiche Hilfswerke und angebliche NGOs wären ohne Staatshilfe schlicht nicht lebensfähig. So darf etwa das Arbeiterhilfswerk zu fast hundert Prozent mit öffentlichen Zuwendungen rechnen.

Geradestehen müssen die anderen

Eine typische Folge staatlicher Intervention ist, dass jemand finanziell dafür geradestehen muss, der gar keine Mitsprache hat. Im Asylwesen zeigt sich das exemplarisch: Der Bund entscheidet, welche Asylbewerber als Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene anerkannt werden. Nach wenigen Jahren müssen aber die Kantone und Gemeinden für die Integration und in vielen Fällen auch für den Lebensunterhalt der Asylanten aufzukommen. Weil der Bund davon aber nur am Rand betroffen ist, bleibt der Handlungsdruck begrenzt.

Die Ausgaben für die stark subventionierte Landwirtschaft sind zwar stattlich, betragen etwa aber nur gerade die Hälfte der Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr. Dabei wird die Schiene durch Gebühren und Abgaben des Strassenverkehrs quersubventioniert. Eine gouvernementhafte «Via sicura» bevormundet die Autofahrer. Haben die Bussen 1994 noch 300 Millionen betragen, sind es mittlerweile 700 Millionen Franken. Sie werden gezielt als Instrument zur Stopfung der Budgetlöcher eingetrieben, nicht zur Erhöhung der Sicherheit.

Die öffentlich-rechtliche SRG finanziert sich mittlerweile durch eine geräteunabhängige Mediensteuer. Diese ist pro Kopf der Bevölkerung nirgends so hoch wie in der Schweiz. Privatsender überleben dank ihrem Anteil an Gebührengeldern und werden in Abhängigkeit gehalten – was ihren kritischen Blick sicher nicht schärft. Auch die Zeitungen drängen zunehmend an den Staatstropf, umarmt von der Politik. Ein Kooperationsvertrag zwischen SRG, Swisscom und Ringier führt zu einer undurchsichtigen Mischwirtschaft zwischen Staat und Privaten. Der unbestechliche Kompass droht verlorenzugehen.

Selbst der Sport entwickelt sich zur Staatssache. So werden nach dem Willen beider Parlamentskammern die Bundesbeiträge an Swiss Olympic von 13 Millionen auf 28 Millionen Franken pro Jahr aufgestockt. Die Kulturausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden betragen mittlerweile fast drei Milliarden Franken. Die neuste Kulturbotschaft 2016–2020 schreibt ein durchschnittliches jährliches Ausgabenwachstum von 3,4 Prozent vor. Und dies bei einem seit Jahren stagnierenden Pro-Kopf-Einkommen.

Gerät die Wirtschaft ein wenig in Schieflage, wird sofort der Ruf nach mehr Innovationsförderung laut. Der staatlichen Förderagentur KTI, die neu ab 2018 Innosuisse heissen wird, stehen von 2017 bis 2020 fast eine Milliarde Franken an Steuergeldern zu Verfügung. Dies, obwohl die Wirkung sehr bescheiden ist: Laut jüngsten Studien verpufft die Hälfte der Hilfgelder wirkungslos.

Vater Staat kümmert sich sogar darum, wie es in unseren Küchen aussieht und womit wir unsere Mägen füllen. Anfang Mai ist das neue Lebensmittelrecht in Kraft getreten. Praktisch die gesamte Branche hatte sich in der Vernehmlassung gegen die neuen Regeln gestemmt, weil sie einen grossen zusätzlichen administrativen und personellen Aufwand bedeuteten und entsprechend hohe Kosten verursachten. Das Gesetz wird in Verordnungen konkretisiert, die über 2000 Seiten füllen.

In Gestalt des fürsorglichen nanny state mischen sich die Behörden buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre in die Belange des Einzelnen ein. Die Subventionen für Krippen und Tagesstätten wachsen ständig, die Verantwortung der Familie wird zurückgedrängt. Die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) greift nicht nur in das Leben von Minderjährigen ein, sondern mischt sich zunehmend auch in Eigentumsangelegenheiten von Privaten und Firmen ein.

Am Ende spürt der Bürger die Ausdehnung der Staatstätigkeiten auch in seinem Portemonnaie: Ein Paar mit zwei Kindern und einem Lohn von 100 000 Franken

liefert im schweizerischen Durchschnitt mehr als die Hälfte davon an Zwangsabgaben ab. Diese setzen sich zusammen aus AHV, IV, EO, ALV, Versicherungen, Krankenkassenprämien, Einkommens- und Bundessteuern, Mehrwertsteuern und Konsumabgaben, der Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer, der Vignette, Autoimportzöllen sowie diversen weiteren Abgaben und Gebühren. g